

BARBARA CONTY

Der Wahlsieg von Evo Morales scheint gesichert – der politisch-gesellschaftliche Wandel nicht

Am 6. Dezember werden in Bolivien der Präsident, sowie das neue Plurinationale Parlament gewählt. Der Wahlsieg von Evo Morales scheint gesichert. Die Rechte hat zwei inakzeptable Kandidaten aufgestellt: Einer ist Militär und der andere verantwortlich für ein Massaker an Bauern und Indígenas. Damit führt sie auch in Hinblick auf die Wahlen die Obstruktionspolitik weiter, mit der sie in den letzten vier Jahren den Verlust ihrer althergebrachten Privilegien zu verhindern versucht hat: Sie opponierte gegen die Wirtschaftspolitik und versuchte, das Land im wahren Sinne des Wortes zu spalten. Es ist absehbar, dass die Rechte diese Politik auch nach den Wahlen weiterführen wird – vor aussichtlich auch im neuen Parlament. Dieses stellt ein Experiment dar: In der neuen Verfassung sind neue Formen von Repräsentativität festgelegt, die den Einfluss von Parteien erheblich schwächen. Daher ist klar, dass die Regierungspartei MAS keine eigene Mehrheit erringen wird. Noch nicht klar ist allerdings, wie sich Mehrheiten im neuen Parlament überhaupt herstellen werden. Sicher wiederum ist, dass die Rechte über die Senatorenkammer viele Initiativen blockieren wird. Evo Morales wird daher auch in seiner zweiten Amtszeit mit Dekreten regieren und massivem Druck der Oligarchie ausgesetzt sein. Gleichzeitig steht er unter erheblichem Druck der sozialen Bewegungen, die einen tiefgreifenderen gesellschaftlichen Wandel verlangen, als er ihn bisher durchsetzen konnte.

Im Dezember 2005 wählte die bolivianische Bevölkerung Evo Morales zum Präsidenten und mit ihm ein grundlegend gesellschaftsveränderndes politisches Projekt. Im Januar 2009 folgte der nächste Schritt, um diese Veränderungen institutionell zu verankern: Es trat eine von der verfassungsgebenden Versammlung entworfene, später im Parlament verwässerte und dann endlich im Kongress verabschiedete neue Verfassung in Kraft. Nun stehen am 6. Dezember allgemeine Wahlen an. Für das Präsidentenamt kandidiert selbstverständlich auch der Amtsinhaber Evo Morales Ayma, gemeinsam mit seinem Vize Álvaro García. Kaum jemand in Bolivien zweifelt daran, dass die Regierungspartei MAS die Wahlen gewinnen und Evo Morales Präsident bleiben wird. Also alles klar in Bolivien!?? Leider nicht.

Seit dem Antritt von Evo Morales im Januar 2006 ergriff die Regierung entscheidende Maßnahmen, um der bis dahin ausgegrenzten Bevölkerungsmehrheit zu einem würdigen Leben zu verhelfen: Auf der politischen Ebene ist die neue Verfassung die wichtigste Errungenschaft, wirtschaftlich die Verstaatlichung¹ des Erdgas- und Ölunternehmens YPFB sowie weiterer

¹ In diesem Artikel soll nicht auf die Diskussion eingegangen werden, ob es sich um Verstaatlichung oder nur Verbesserung der Vertragsbedingungen handele.

Schlüsselindustrien, und sozial die Einführung einer Vielzahl von staatlichen Unterstützungsleistungen für gesellschaftlich Benachteiligte.

Doch all diese Maßnahmen sind wegen des Druckes der bisher privilegierten Klasse nur halbherzig durchgeführt, stark behindert oder gar ignoriert worden.

Im Folgenden soll eine Bilanz dessen gezogen werden, wie eine kleine, radikale, aber noch immer sehr machtvolle Oligarchie in der ersten Amtszeit von Evo Morales mit allen Mitteln versucht hat, ihre Interessen durchzusetzen. Es ist absehbar, dass sie diese Strategie auch nach den Wahlen fortsetzen wird.

Politik der Rechten gegen den Wechsel

Zunächst wurde die verfassungsgebende Versammlung durch ungewöhnlich anspruchsvolle² Abstimmungsmodi behindert und dadurch ihre Resultate abgeschwächt. Gleichzeitig wurden in Sucre, wo die Verfassungsgeben-

² Jeder einzelne Artikel musste mit 2/3-Mehrheit abgestimmt werden, statt der international üblichen einfachen Mehrheit. Ursprünglich war nur für die Abstimmung des Gesamtentwurfs eine 2/3-Mehrheit vorgesehen – dies wurde jedoch durch die Blockaden der rechten politischen Kräfte verändert.

de Versammlung tagte, Unruhen provoziert, indem der Lokalpatriotismus der Menschen geweckt und geschickt an ihre Hauptstadtrechte³ appelliert wurde, was zu verstärktem Rassismus (nicht nur) in Sucre führte.

Die stärksten Spannungen erzeugten die selbsternannten Autonomien in den Departamentos des sogenannten "Halbmondes", Santa Cruz, Tarija, Beni und Pando im Osten Boliviens, die ökonomisch am stärksten sind und wo der Großteil der Oligarchie ansässig ist. Diese Landesteile entwarfen unterschiedliche Departamentalverfassungen, welche in einigen Fällen sogar Regelungen der neuen bolivianischen Magna Carta außer Kraft zu setzen beanspruchten⁴. Diese Texte wurden im Jahr 2006 durch Wahlen verabschiedet. Nach diesem politischen Erfolg erklärten sich die alten Eliten in diesen Gebieten zu unabhängigen Herrschern und ignorieren bis heute zahlreiche nationalstaatliche Entscheidungen. Ihr Versuch im Jahr 2008, Bolivien in zwei Teile aufzuspalten, misslang einerseits wegen der ablehnenden Haltung Brasiliens und Argentiniens⁵, andererseits wegen des Patriotismus der Militärs. Diese stehen der linken Regierung Morales zwar durchaus skeptisch gegenüber, wollten einen derartigen Verlust an nationalem Territorium aber nicht hinnehmen.

Daraufhin besetzte die Regierung, die bis dahin auf Zentralismus gesetzt hatte, das Thema "Autonomien" auf ihre eigene Weise, indem sie vier verschiedene Kategorien einführte: Autonomie auf departamentaler, regionaler und auf Gemeindeebene sowie für die indigene Bevölkerung in ihren angestammten Territorien. Dazu verabschiedete sie ein eigenes Rahmengesetz⁶. Dieses Gesetz sieht unter anderem vor, die in den vier Departamentos gültigen Landesverfassungen den in der neuen Magna Carta vorgesehenen Autonomien anzupassen.

Störfeuer gegen die Wirtschaftspolitik

Auf wirtschaftlicher Ebene blieb die Oligarchie ebenfalls nicht untätig: Als Evo Morales direkt nach Regierungsantritt einen für Bolivien fatalen Vertrag⁷ über das Eisenvorkommen Mutún stoppte und statt dessen

3 Sucre ist Hauptstadt Boliviens, jedoch ist der Regierungssitz (Legislative und Exekutive) La Paz.

4 Z.B.: Der §2, Art. 6^a der bolivianischen Verfassung will die Migration von Bolivianern in ihr Departament von der Zustimmung von 2/3 der Mitglieder der departamentalen gesetzgebenden Versammlung abhängig machen.

5 Argentinien und Brasilien sind Nachbarländer dieser Departamentos, die ohne die Unterstützung dieser beiden Länder ökonomisch und damit auch politisch nicht hätten Stand halten können.

6 Siehe hierzu: Autonomías. Se hace camino al andar. Carlos Romero, Carlos Böhr Irachola, Juni 2009

7 So sollten zum Beispiel zur notwendigen Energiegewinnung bei der Eisenverhüttung die Urwaldbäume den Rohstoff liefern und nicht das in dieser Gegend reichlich vorhandene Erdgas.

günstigere Bedingungen bei dem indischen Unternehmen Jindal erreichte, versuchten die konservativen Medien umgehend, Jindal zu diskreditieren. Bis heute werden die Arbeiten in Mutún durch Kämpfe um Landrechte behindert, die den Aufbau der notwendigen Infrastruktur verhindern. Ähnlich verfährt die Rechte mit einem Vorvertrag zwischen Chile und Bolivien über den Fluss Silala, der kurz hinter seiner Quelle auf chilenisches Territorium fließt. Nach hundertjähriger Untätigkeit bisheriger bolivianischer Regierungen legte Morales ein Abkommen vor, in dem die chilenische Regierung zumindest Teile des Süßwassers als bolivianisches Eigentum anerkennt und ab sofort dafür zahlen will. Diesen sicherlich nicht optimalen Vertrag, der jedoch gegenüber dem Status quo immerhin einen Fortschritt darstellte, brandmarkte die rechte Presse sofort als "Ausverkauf des Landes". Im Ergebnis müssen die Verhandlungen nun mit der künftigen chilenischen Regierung fortgesetzt werden, die ebenfalls im Dezember gewählt werden wird – was Boliviens Verhandlungsposition möglicherweise erheblich verschlechtert.

Die BolivianerInnen bekamen den Kampf um den Machterhalt im vergangenen Jahr empfindlich zu spüren, als die Speiseöl- und Zuckerproduzenten aus Santa Cruz künstlich die Preise für diese und andere Grundnahrungsmittel anhoben. Die erfolgreiche Gegenmaßnahme der Regierung bestand im Einkauf dieser Lebensmittel in den Nachbarländern, die zu einem festen Preis an die BolivianerInnen weitergegeben wurden. Die Oligarchie musste schnell nachgeben.

Doch damit nicht genug: Im April dieses Jahres wurde, nach mehreren Anschlägen gegen Personen des öffentlichen Lebens, unter Führung des bolivianischen Innenministeriums eine Bande von Auftragskillern aufgedeckt. Ihr Anführer Rosza war bereits in Jugoslawien destabilisierend tätig. Bis heute thematisieren die meisten Medien ausschließlich den Tod von drei Bandenmitgliedern während der Festnahme. Hierfür wird die Regierung verantwortlich gemacht. Die Aufdeckung von Hintermännern und Finanzierung der Bande jedoch werden tatkräftig behindert – vor allem von der Oligarchie aus Santa Cruz.

Diese Beispiele ließen sich noch lange fortsetzen. Sie zeigen, wie die Regierungsfähigkeit Morales' und seines Teams immer wieder öffentlich in Frage gestellt wird, um die Bevölkerung zu verunsichern.

Störfeuer gegen die Wahlen

Bei dieser angespannten Stimmung im Land verwundert es kaum, dass die Rechte auch im Vorfeld des Urnen-

ganges Konflikte schürt, um die Wahlen zu behindern. Obwohl nationale als auch internationale Einrichtungen wie die Organisation Amerikanischer Staaten und Vertreter der Europäischen Union die bolivianischen Wahlregister nach den Referenden und der letzten Wahl für "sauber" erklärt hatten, (auch die Abstimmungen in den Autonomiegebieten hatten auf Grundlage dieser Register stattgefunden), setzten die rechten Parteien die Einführung einer biometrischen Stimmenerfassung durch. Die erheblichen Kosten (mehr als 43 Millionen US\$) und der enge Zeitplan (zweieinhalb Monate)⁸, brachten den Wahltermin ins Wanken. Durch den Einsatz mobiler Systeme und vieler HelferInnen überwand die Regierung auch diese Barriere. Trotz dieser schwierigen Bedingungen schrieben sich über vier Millionen Wähler ein, das sind mehr als zur Volksabstimmung über die Verfassung im Januar diesen Jahres, und es zeigt das hohe demokratische Bewusstsein der bolivianischen Bevölkerung.

Nach Schließung der Wahlregister und 13 Tage vor den Wahlen erklärte das nationale Wahlgericht über 400 000 Einschreibungen für ungültig, da keine Geburtsurkunden vorlagen. Dies ist ein unglaublicher Vorgang, da diese Unterlage nicht erforderlich ist, um sich einzuschreiben. Auch ist es für die meisten Betroffenen unmöglich, die nachträglich geforderten Papiere bis zum 3.12. einzureichen, da sie ihre Geburtsurkunden erst beantragen müssen. Solche Störfeuer werden möglich, weil die Gerichte fast durchgängig von rechtsgerichteten Richtern besetzt sind, die derartige Eingaben absegnen.

Nur aussichtslose Gegenkandidaten

Die Rechte war zunächst nicht in der Lage, einen gemeinsamen Kandidaten zu präsentieren. Erst drei Tage vor Schließung der Kandidatenlisten am 7. September konnten sie sich einigen: Germán Antelo von der *Movimiento Nacionalista Revolucionario* (MNR) und Ex-Präsident des *Comité Cívico* von Santa Cruz, sowie Victor Hugo Cárdenas⁹, Ex-Vizepräsident unter Sánchez de Lozada, zogen ihre Kandidaturen zurück. Stattdessen trugen sich Manfred Reyes Villa und Leopoldo Fernández unter dem Namen *Plan Progreso para Bolivia*, (PPB) als Präsidentschafts- sowie Vizepräsidentschaftskandidat der rechten Opposition ein.

Reyes Villa hat einen prägnanten Lebenslauf: Er wurde als Militär in der "Escuela de las Américas" ausgebildet,

bediente dem heute in einem Hochsicherheitsgefängnis einsitzenden Diktator García Meza als Sicherheitschef, und unterstützte im Jahr 2003 die Regierung Sánchez de Lozada bis zum Schluss. Als Bürgermeister von Cochabamba in der Amtszeit Hugo Banzers zeichnete er für die Privatisierung des Wassers verantwortlich. Dies führte im Jahr 2000 zum „Wasserkrieg von Cochabamba“. Zudem bediente sich Manfred Reyes Villa als Präfekt von Cochabamba großzügig aus der Staatskasse.

Leopoldo Fernández, der Vizepräsidentschaftskandidat von Reyes Villa, ist bekannt als „Kazike von Pando“. Er besitzt in dem nordöstlichsten Departamentos Boliviens nicht nur große Mengen Land und Vieh, sondern kontrolliert auch die gesamte lokale Presse und übt unbegrenzten Einfluss aus. Am 11. September 2008 setzte er unter den Augen der departamentalen Polizei Söldnertruppen ein, die mit Maschinenpistolen gegen eine geplante Versammlung von Indigenen und Bauern vorgehen. Seit dem 16. September 2008 sitzt dieser Vizepräsidentschaftskandidat in La Paz im Gefängnis. Die bolivianische Justiz war bisher nicht in der Lage, ihn für dieses Massaker zu verurteilen (s.o.). Der Kandidat weist indessen bei seinen im Gefängnis gefilmten Wahlkampfbotschaften stets auf die Verletzung seiner (sic!) Menschenrechte hin.

Auch wenn diese Kandidaten ein passendes Paar bilden, überrascht es, dass die Rechte sich für sie entschied. Denn in diesem Wahlkampf sind vor allem städtische Mittelschicht und Intellektuelle umkämpft, da gerade sie mit der jetzigen Regierung immer weniger einverstanden sind. Für eben diese WählerInnen sind die beiden Kandidaten allerdings schwer verdaulich. Auch die Rechte scheint sich sicher zu sein, dass sie verlieren wird, und will offenbar wählbarere Kandidaten nicht verschleißen.

Hinzu kommt, dass weder sie noch sonst eine der kandidierenden Parteien ein Wahlprogramm vorweisen können. Meist waren nur regionale Punkte entwickelt worden. Erst im letzten Monat sind Fragmente nationaler Programme entstanden.

Weitere Kandidaten sind der Ex-Bürgermeister von Potosí René Joaquino mit dem evangelischen Pastor Charles Suárez, die gemeinsam für die AS (Alianza Social) antreten. Der Unternehmer Samuel Doria Medina wurde zwar lange Zeit von Reyes Villa umworben, präsentiert sich aber nun doch unabhängig für die UN (Unidad Nacional). Die einzige weibliche Präsidentschaftskandidatin ist Ana María Flores für die MUSPA (Movimiento de Unidad Social y Patriótica). Jedoch ernannte die BSD (Bolivia Social Demócrata) Nora Castro zur Vize des Rechtsanwalts Rime Choquehuanca. Linke Rivalen der Regierungspartei MAS ist die

⁸ http://www.laprensa.com.bo/noticias/26-09-09/noticias.php?nota=26_09_09_poli1.php

⁹ VHC hatte kurz vor seinem Rückzug Schlagzeilen gemacht. Er hatte die Sitten einer Dorfgemeinschaft nicht befolgt und diese besetzte deshalb sein Haus und Land. Selbstverständlich nutzte er diese Aktion im Wahlkampf, indem er die Angst vor Enteignungen schürte.

Bewegung GENTE (Menschen/Leute), die mit dem Bauernführer und ehemaligen MAS-Mitglied Román Loayza antritt, sowie PULSO von Alejo Véliz, einem Quechua-Bauern, der Generalsekretär des bolivianischen Bauerndachverbandes (CSUTCB) war.

Bis auf Alianza Social (AS) und Unidad Nacional (UN) werden diese Gruppierungen wohl kaum zweistellige Wahlergebnisse erreichen. Aber auch Joaquino und Medina von AS und UN haben auf nationaler Ebene kaum Einfluss.

Wahl der Plurinationalen Versammlung

Zusätzlich zum Staatspräsidenten werden auch die Mitglieder des neuen Parlaments, der Plurinationalen Gesetzgebenden Versammlung (ALP), gewählt. Die in der neuen Verfassung festgelegte Versammlung¹⁰ zeichnet sich dadurch aus, dass in ihr die gesamte bolivianische Gesellschaft repräsentiert werden soll (Frauen, Indigene, etc) – es gibt keine Quotierungen nach Parteien. Die Mitglieder der Versammlung sind nicht nur beratend an politischen Prozessen beteiligt, sondern haben hohe Entscheidungskompetenzen.

Auf den Listen des Nationalen Wahlgerichts (CNE) finden sich Repräsentanten aller sozialen Sektoren: Indigene, Unternehmer, Intellektuelle, Hausfrauen, Bauern, Bergarbeiter, Militärs. Laut neuer Verfassung muss der Frauenanteil in der plurinationalen Versammlung 50 Prozent betragen und die Ämter müssen alternierend besetzt werden. Die Versammlung wird sich aus 65 direkt gewählten und 65 Listen-Abgeordneten zusammensetzen. Die Listen werden von Parteien, Bürgervereinigungen oder indigenen Völkern gebildet. Außerdem gibt es 36 SenatorInnen (vier pro Departamento). Die Regierungspartei MAS hat als einzige die meisten ihrer KandidatInnen auf Parteiversammlungen wählen lassen.

Am 6. Dezember finden zusätzlich Abstimmungen über die Autonomien statt. Fünf Departamentos (La Paz, Chuquisaca, Oruro, Potosí und Cochabamba), eine Region (Chaco) und zwölf indigene Gruppen müssen sich für oder gegen die Autonomie entscheiden. Doch in den betroffenen Departamentos geht diese Frage im allgemeinen Wahlrummel unter.

Auch wenn die Wiederwahl Evo Morales' als Staatspräsident gesichert scheint und eine zweite Runde unwahrscheinlich ist, wird es kaum eine absolute Mehrheit für die MAS in der plurinationalen Versammlung geben.

¹⁰ Art. 145ff

Damit kann vor allem die Senatorenkammer durch die relative Stärke des „Halbmondes“ weiterhin Gesetzesvorschläge der Abgeordnetenversammlung blockieren.¹¹ Evo Morales wird daher auch in Zukunft darauf zurückgreifen müssen, mithilfe von Dekreten zu regieren, was ihm von der Opposition bereits den Vorwurf diktatorischen Handelns einbrachte.

Die oben beschriebene Situation in der neuen plurinationalen Versammlung, die sich teilweise überschneidenden Autonomien¹² und die sich sicher fortsetzenden Attacken der Oligarchie werden vom voraussichtlichen Wahlsieger Morales ein härteres Durchgreifen als bisher abverlangen. Seine noch starke Basis könnte sich von ihm enttäuscht abwenden, wenn er weiterhin den Forderungen der Opposition relativ schnell nachgibt. Sein anti-neoliberaler Diskurs endet häufig in Reformen, die die Hegemonie des transnationalen Kapitals nicht grundsätzlich angreifen. Die sozialen Bewegungen, die Anfang des Jahrhunderts um einen grundlegenden Wechsel des politischen, sozialen und ökonomischen Systems gekämpft haben und die MAS als ihre Vertretung im Parlament verstanden haben, sind aber zu großen Teilen mit einer Einordnung ihrer Forderungen in „machbare“ Politik nicht einverstanden. Mit einem Wahlsieg der MAS ist der hart erkämpfte Weg zum Wechsel daher keinesfalls gesichert.

Unter folgendem Link können Sie kostenlos unregelmäßige Berichte aus Lateinamerika bestellen:
<http://lists.rosaluxemburgstiftung.de/mailman/listinfo/lateinamerika-info>

Oder Sie schicken eine mail an gabbert@rosalux.de

Die Autorin:

Barbara Conty ist lokale Repräsentantin der Rosa-Luxemburg-Stiftung in La Paz

¹¹ Siehe hierzu Art. 163 der bolivianischen Verfassung

¹² So könnten z. B. die Interessen einer autonomen indigenen Gemeinde denen einer autonomen Region entgegenstehen.